

AKTUELL

SPRACHENDEBATTE

Ausgeklammert

David Angel

Die Sprachendebatte nimmt kein Ende und dient weiter als Vehikel für identitäre Bestrebungen. Die Perspektive der Nicht-LuxemburgerInnen wird wie immer ausgeblendet.

Fast 15.000 Personen haben die Petition „Luxemburgisch als Amtssprache“ unterschrieben. Ein Rekordwert unter den Online-Unterschriftensammlungen auf der Chamber-Homepage. Eine Gegen-Petition unter dem Motto „Nein zur luxemburgischen Landessprache als erste Amtssprache“, die noch bis zum 6. Dezember unterschrieben werden kann, bringt es bisher auf knapp über 2.000 Unterschriften. Gut möglich, dass das Verhältnis am Ende ein ähnliches ist wie beim Referendum von 2015.

Die Sprachendebatte, die seit Wochen vor sich hin brodeln, steht auch sonst in der Kontinuität des Referen-

2015“ es tut -, kann sich nicht erlauben, offen gegen AusländerInnen zu hetzen, will er weiterhin in der öffentlichen Debatte ernstgenommen werden. Daher ist die Sprachendiskussion in einem Land wie Luxemburg, in dem fast die Hälfte der EinwohnerInnen keine StaatsbürgerInnen sind, letztendlich das einzige politisch tolerable Vehikel für identitäre Tendenzen.

Es geht um Abgrenzung

Dass die eigentliche Forderung der Petition zum Luxemburgischen als Amtssprache für einen beträchtlichen Teil der Unterzeichnenden letzten Endes irrelevant ist - viele von ihnen geben offen zu, dass sie zumindest im aktuellen Kontext unrealistisch sei -, spricht Bände. Es geht nicht um die Förderung des Luxemburgischen, es geht auch nicht darum, möglichst vielen EinwohnerInnen Luxemburgs die luxemburgische Sprache näherzubringen, es geht um Abgrenzung und die Wahrung von Privilegien.

Erstaunlicherweise sind nämlich die Menschen und Organisationen, die am härtesten von den „Verteidigern der Sprache“ angegangen werden, gerade diejenigen, die sich in der Vergangenheit am stärksten für die Vermittlung des Luxemburgischen eingesetzt haben. So zum Beispiel die Asti, die zwar seit eh und je Luxemburgischkurse für AusländerInnen anbietet, trotzdem aber zu den Lieblingsfeindbildern der „80-Prozenter“ gehört. Oder auch, anderes Beispiel, der Sprachwissenschaftler Fernand Fehlen.

Letzterer hat sich übrigens in einem Interview in der „Wort“-Beilage „Warte“ auf längere Sicht für eine Alphabetisierung auf Luxemburgisch und eine Herabstufung des Stellenwerts der deutschen Sprache eingesetzt. Eine Änderung, die wahrscheinlich sowohl Kindern mit als auch solchen ohne Migrationshintergrund den Zugang zur luxemburgischen Mehrsprachigkeit erleichtern würde. À propos Migrationshintergrund: wie bei der Debatte um das Ausländerwahlrecht wird auch in der Sprachendebatte - und zwar auf beiden Seiten - die Perspektive der Nicht-LuxemburgerInnen auf die Thematik völlig ausgeklammert. Aber bei diesen handelt es sich ja auch bloß um fast die Hälfte der Bevölkerung.

dums, bestätigt die Bruchstellen und Konfliktlinien, die spätestens im Juni letzten Jahres klar sichtbar wurden: die zwischen einem sich selbst als Mehrheit begreifenden „einfachen Volk“, das sich die Verteidigung „seiner“ Identität auf die Fahnen geschrieben hat, und einer oft als „abgehoben“ dargestellten „frankophilen“ Elite.

Es spricht für sich, dass sich „Nee 2015“, die treibende Kraft hinter der massiven Ablehnung eines „Ausländerwahlrechts“, mittlerweile entschlossen bei den Verteidigern der luxemburgischen Sprache eingereiht hat. Der auf den sozialen Netzwerken entstandene Zusammenschluss, der sich mittlerweile „Wee 2050“ nennt und sich als „Think-Thank“ versteht, macht mobil gegen den „Ausverkauf“ des Luxemburgischen und der dazugehörigen Identität - und surft damit auf einer Welle, die europaweit Konjunktur hat. Dass Fred Keup, Sprecher von „Wee 2050“, mittlerweile Vorstandsmitglied der „Actioun Lëtzebuergesch“ ist, unterstreicht den Stellenwert der Sprachendebatte für identitäre Politik in Luxemburg.

Wer sich selber als Vertreter der „politischen Mitte“ sieht - wie „Wee

SHORT NEWS

Umgehung führt zu Zerfleischung

(lm) - Gegen das „Contournement de Bascharage“ wird Sanem Rekurs beim Verwaltungsgericht einlegen, das hat der Gemeinderat am 27. Oktober entschieden. Aus gutem Grund: Die geplante Umgehungsstraße mag der Ortschaft Bascharage eine Entlastung bringen, die Nachbargemeinde hat jedoch nur Nachteile von ihr. Hinzu kommt, dass die Regierung sich für die Trassenvariante Nr. 2 entschieden hat - die unter dem Gesichtspunkt des Naturschutzes zerstörerischste. Daran ändern auch die konsequent geplanten Kompensationsmaßnahmen nichts (woxx 1383). Dass der Sanemer Schöffenrat trotzdem zögerte, seinen Kampf gegen die Straße fortzusetzen, hat politische Gründe. Die Minett-Gemeinde wird nämlich von einer rot-grünen Koalition geführt, und beide Parteien sind Teil der nationalen Regierung, die sich für die Umgehung entschieden hat. Besonders schmerzhaft ist dieser Konflikt für die Sanemer Grünen, da es Parteikollegen sind, die bei der Entscheidung federführend waren: Infrastrukturminister François Bausch und Umweltstaatssekretär Camille Gira. Hinzu kommt, dass im Contournement-freundlichen Bascharage die Grünen ebenfalls Koalitionspartner sind - Bürgermeister ist dort Michel Wolter. Die größte nationale Oppositionspartei unterstützt also vor Ort die Pläne der Regierung gegen deren eigene lokale VertreterInnen. In einem Jahr sind Gemeindewahlen.

Turquie : Asselborn a réagi

(lc) - Le début de semaine a été marqué par une énième détérioration de la liberté de la presse en Turquie. En arrêtant au moins une douzaine d'employés du journal « Cumhuriyet », le régime d'Erdoğan ne s'en prend pas seulement au plus vieux quotidien du pays. « Cumhuriyet » était aussi une voix pour la sécularité, prérépublicaine, mais surtout une des dernières publications à ne pas encore être tombée dans l'escarcelle des conglomérats proches d'Erdoğan et de sa famille - le propriétaire étant une fondation. L'accuser de proximité avec la mouvance Gülen ou d'être prokurde serait absurde, selon des journalistes turcs qui se sont exprimés après les faits. « Cumhuriyet » aurait au contraire critiqué la mouvance soupçonnée d'être derrière le putsch de juillet, déjà au temps où Erdoğan et Gülen étaient encore potes, et aurait gardé sa neutralité dans la question kurde. Au Luxembourg, ce sont les syndicats ALJ et SJL qui ont réagi en demandant au gouvernement d'interpeller son homologue turc sur la question. Ce qu'a fait, un jour plus tard, le ministre des Affaires étrangères en « invitant » Levent Sahinkaya, l'ambassadeur de la Turquie au grand-duché, à une entrevue pour lui faire part de ses inquiétudes quant à la situation des droits humains dans son pays. Reste à espérer que le message sera transmis à Ankara.

Forum Nr. 367: Nordlicht-Panorama

(lm) - „Bauern, Natur, Kälte, soziales und kulturelles Vakuum.“ Diese Klischee-Vorstellungen über das Oesling hinter sich lassen, das will die Zeitschrift Forum im Dossier der November-Ausgabe. Aber nach 30 ansprechend illustrierten Seiten zur „Regionalentwicklung im Norden“ weiß man nicht viel mehr über die Essenz des Oesling, als das, was der Clerfer Bürgermeister im Interview sagt: „So unterschiedlich sind wir gar nicht.“ Die im Dossier aufscheinende These, der Norden Luxemburgs sei vernachlässigt worden und habe sich aus eigener Kraft trotzdem weiterentwickelt, kann man hilfreich finden - oder als den Versuch einer neuen Mythenbildung sehen. Vielleicht ist das Oesling ja längst Geschichte, mittels Automobilität und Nordstraße gentrifiziert und in ein Stück ganz normales Luxemburg verwandelt. Informativ sind jedoch die Beiträge zu Teilbereichen wie Naturparks, Energiewirtschaft (bester Cartoon!), Bio-Landwirtschaft und Wohnungsmarkt. Interessant auch die Ausführungen zur Nordstad - die aber, wie man 25 Seiten vorher lesen kann, nicht zum Oesling gehört. Über das Dossier hinaus findet man gut dokumentierte Artikel zur Aufarbeitung des Steichen-Erbes und zur Hypokrise um die „freiwillige“ Rückkehr von Flüchtlingen. Und - last but not least - einen Beitrag zu Petitionspraxis in Luxemburg und ... Schottland, dem Oesling des UK.

BILD: „NEE2015/WEE2050“

